

Mein NEWSLETTER



Bernd Rützel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisabgeordneter für MSP & MIL
Betreuungsabgeordneter für WÜ & AB



April 2019

Liebe Leserinnen und Leser,

kennen Sie das auch: Man hört Jemanden etwas sagen und denkt sofort an das Sprichwort „Reden ist Silber, Schweigen ist Gold“.

In den vergangenen Wochen ging es mir häufiger so: Erst die neue CDU-Chefin mit ihren verbalen Entgleisungen in der Faschingsbütt, dann der FDP-Chef mit seinen missbilligenden Aussagen zu den „Fridays for future“-Schülerdemos, denen sich AKK und CDU-Bundeswirtschaftsminister Altmaier später anschlossen. Von Altmaier wohl eine Retourkutsche darauf, dass ihn protestierende Schülerinnen und Schüler schon im Januar am Rande einer Demo nicht zu Wort kommen ließen. Und nachher noch der neue JU-Vorsitzende, der von „linken Spinnern und Toyota-Heinis von der Umwelthilfe“ schwadronierte.

Wir halten das aus, keine Frage. Wünschenswert wäre aber auch klare Kante, wo sie hingehört — nämlich im Umgang mit Rechtspopulisten und bei Kampagnen mit deutlich antisemitischen Untertönen, wie sie die regierende Fidesz-Partei in Ungarn betreibt. Die Partei, die jahrelang von der CSU hofiert wurde, und deren Mitgliedschaft in der EVP-Fraktion nun „vorläufig ausgesetzt“ wurde. Kein deutliches Zeichen, wenn Sie mich fragen.



Unsere bayerische SPD-Europa-Spitzenkandidatin Maria Noichl hat es mit Blick auf die Rolle des EVP-Spitzenkandidaten Manfred Weber (CSU) auf den Punkt gebracht: „Wer zu schwach ist, Orban die klare Kante zu zeigen, ist auch zu schwach, um später mit Trump zu telefonieren!“ So ist es. **Am 26.05.2019 ist Europawahl!**

Jetzt aber viel Spaß beim Lesen!

Ihr

INHALT

- 2 EU-Wahlkampfauftakt der UnterfrankenSPD
- 3 Politischer Aschermittwoch
- 4 Klartext: Streiken fürs Klima
- 5 Doudrü g'hört geredt: Hebammen
- 6 Unterwegs in Unterfranken und Berlin
- 11 Fabians Post aus den USA
- 12 Europawahl 2019: Gastbeitrag von Kerstin Westphal
- 13 Gastbeiträge unserer MdLs

KONTAKT/IMPRESSUM

Bürgerbüro Gemünden

Obertorstraße 13
97737 Gemünden
Tel. 09351 6036563
bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 227 73434
bernd.ruetzel@bundestag.de

www.bernd-ruetzel.de

V.i.S.d.P.: Bernd Rützel, MdB
Obertorstr. 13, 97737 Gemünden



Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



SPD UNTERFRANKEN: EUROPA- WAHLKAMPAUFTAKT MIT SPITZEN- KANDIDATIN KATARINA BARLEY

Tolle Stimmung herrschte beim Wahlkampfauftakt der UnterfrankenSPD in Würzburg zur **Europawahl am 26. Mai** mit unserer Spitzenkandidatin **Katarina Barley**, die eine treffende Analyse und zugleich Mahnung an die Zuhörerinnen und Zuhörer richtete:

„Die größte Gefahr für die Europäische Union ist die Gleichgültigkeit!“ (Katarina Barley)



Bei der letzten Wahl 2014 ging nicht einmal jeder zweite Wahlberechtigte (47,9%) in Deutschland und in der EU insgesamt (43,1%) an die Urne. Vielleicht ist das so, weil uns und unseren europäischen Nachbarn vieles wie selbstverständlich erscheint: Offene Gesellschaft, Freiheit für alle, Toleranz und Streben nach Gerechtigkeit — und natürlich Frieden. Dies alles ist durch einige Entwicklungen wieder in Frage gestellt:



In Ungarn und Polen werden europäische Werte mit Füßen getreten, die Pressefreiheit wird eingeschränkt, Oppositionelle unterdrückt und gegen Minderheiten gehetzt. Und der drohende Brexit schadet nicht nur Großbritannien, sondern der EU und allen Mitgliedstaaten.

Für uns Sozialdemokraten ist klar: Unser Zusammenhalt ist der Schlüssel zur Erfolgsgeschichte Europas. Wir erreichen mehr, wenn wir als Europäerinnen und Europäer gemeinsam voran gehen. Und dafür kämpfen wir, zusammen mit unserer Kandidatin **Kerstin Westphal**.



Ganz große Klasse, dass sich viele junge Menschen, wie auf dem Bild Jan Knes-Wiersma von der SinngrundSPD, zu Wort meldeten und für ein solidarisches Europa Wort ergriffen.



**Weitere Infos zu Katarina Barleys Besuch:
Einfach [hier](#) klicken!**

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



POLITISCHER ASCHERMITTWOCH IN WÖRTH

Europa war auch das Thema beim traditionellen Politischen Aschermittwoch des SPD Kreisverbands Miltenberg und des SPD-Ortsvereins Wörth. Kreisvorsitzende **Helga Raab-Wasse**, die Ersatzkandidatin von Kerstin Westphal bei der Europawahl ist, sprach vor vollem Haus von einem entscheidenden Jahr für Europa.



Kommunal-, Bundes- und Europapolitik wurden in Wörth diskutiert mit dem 2. Bürgermeister Steffen Salvenmoser, Kreisvorsitzende Helga Raab-Wasse und mir.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen nichts weniger als einen **europäischen Zusammenschluss gegen Lohn- und Sozialdumping**. Das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort ist unsere Richtschnur. Und damit alle von ihrer Arbeit leben können, wollen wir überall in Europa einen Mindestlohn – in Höhe von 60% des jeweils mittleren Einkommens – bei uns also 12 Euro.



Als Abgeordneter mit dem Arbeitsbereich Arbeit und Soziales stimme ich dem absolut zu.

Europa ist mehr als nur ein Wirtschaftsraum – und wir wollen mehr: Ein soziales Europa! Eines, in dem Unternehmen ihre Beschäftigten fair bezahlen und mitbestimmen lassen und gerechte Steuern zahlen.



In meinem Bericht aus Berlin schilderte ich warum die Einführung der Grundrente so wichtig ist: Sie ist schlicht und einfach Anerkennung für geleistetes und damit verdient.

BEIM BÜTTELBRUNNER DONNERTAG

Volles Haus und tolles Format der SPD Waldbüttelbrunn mit Moderator **Bürgermeister Klaus Schmidt**. **Stellvertretende Land- und Kreisrätin Christine Haupt-Kreuzer** und ich standen Rede und Antwort.

Zuvor gab's noch Ehrungen verdienter Genossen. Neue Mitglieder haben wir auch geworben und aufgenommen, unter anderem einen ehemaligen Kollegen von mir, mit dem ich im ersten Lehrjahr gelernt habe.



Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



KLR TXT

STREIKEN FÜRS KLIMA

Das Vorurteil, dass sich unsere Jugend für nichts mehr interessieren würde - und schon gar nicht für Politik - hat man schon oft gehört.

Dass da wenig bis nichts dran ist, erleben wir gerade jeden Freitag. Schon seit einigen Wochen gehen SchülerInnen und StudentInnen unter dem Motto „Fridays for Future“ auf die Straße. Der Grund wieso sie das tun ist einfach: Ihre Zukunft ist in Gefahr.

Statt froh zu sein, dass sich junge Menschen politisch engagieren, wettern konservative PolitikerInnen dagegen. Der Gipfel: Der oberlehrerhafte Einwurf von FDP-Chef Lindner. Gut, dass sich etliche „Klima-Profis“, also Forscher, Wissenschaftlerinnen und Techniker, unmittelbar an die Seite der Demonstrierenden stellten. Ich finde die Proteste jedenfalls klasse. Doch dabei darf es nicht bleiben. Es muss etwas passieren — und zwar so bald wie möglich.

Wir SozialdemokratenInnen und allen voran unsere Umweltministerin Svenja Schulze machen Dampf für ein Klimaschutzgesetz. Doch bisher haben die Union und insbesondere der CSU-



Verkehrsminister geblockt. Deshalb hat der Koalitionsausschuss von CDU/CSU und SPD die Bildung eines „Klimakabinetts“ beschlossen. Dort sollen verschiedene Fachministerien die rechtlich verbindliche Umsetzung der Klimaschutzziele für das Jahr 2030 vorbereiten.

Allerdings: Die erste Sitzung war ernüchternd. 18 Stunden Verhandlungen. Und das Ergebnis: Ein Minimalkompromiss, der den Ausbau des Rad-

und Fußverkehrs und günstigere Ticketpreise für die Bahn vorsieht, etwa durch eine Reduzierung der Mehrwertsteuer. Eine Bahnfahrt von Gemünden nach Würzburg würde bei einem Ticketpreis von 9,10 € um 1,45 € günstiger. Ich bin mir sicher: Das reicht bei weitem nicht aus, um Menschen zum Umstieg auf öffentliche

Verkehrsmittel zu überzeugen. Und die Klimaziele im Verkehr werden so ebenfalls nicht erreicht.

Die freitäglichen Demonstrationen unserer SchülerInnen werden also anhalten. Wie lange noch? Das liegt insbesondere am Verkehrsminister, der letztlich entscheidet, welche Klima-Instrumente in seinem Bereich eingesetzt werden sollen, damit sich der CO₂-Ausstoß verringert.



PRAKTIKUM: JOBCENTER WÜRZBURG

Von der Einrichtung des Sozialen Arbeitsmarktes über die Umsetzung des Qualifizierungschancengesetzes bis zur Integration Geflüchteter in den Arbeitsmarkt — für all das und noch einiges mehr sind die Jobcenter zuständig.

Bei einem Tages-Praktikum im Jobcenter Würzburg informierte ich mich aus erster Hand, wie die Praxis aussieht. Mir ist das sehr wichtig, denn als Bundestagsabgeordneter mit dem Arbeitsbereich Arbeit und Soziales bin ich mitverantwortlich für

die Programme, die das Bundesministerium für Arbeit und Soziales auflegt.

Über sieben Stunden war ich vor Ort und erfuhr, dass das Jobcenter Würzburg in Sachen Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten eine Spitzenquote erfüllt. 2018 konnte nahezu die Hälfte aller Migranten mit Fluchterfahrung in den Arbeitsmarkt integriert werden. 492 haben einen sozialversicherungspflichtigen Job, sind in Ausbildung und haben sich vereinzelt auch selbständig gemacht.

Für den Sozialen Arbeitsmarkt, Maßnahmen zur Verhinderung von Langzeitarbeitslosigkeit und Weiterqualifizierungen hat der Bund Finanzmittel als Zuschüsse für Arbeitgeber bereitgestellt. Die Jobcenter können also aus dem Vollen schöpfen.

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



GESPRÄCH MIT UND ÜBER HEBAMMEN

Mehr Hebammen braucht das Land. Das war der Tenor in meiner Diskussionsrunde „Doudrü g'hört geredt“, auf die ich viel positive Resonanz erhalten habe. Fünf Hebammen, eine Auszubildende und einige Interessierte waren zum Infogespräch gekommen und hatten viel zu berichten.



Unter anderem bestätigten mir die Fachfrauen die Unterversorgung in unserer Region: Im Landkreis Main-Spessart gibt es insgesamt 29 praktizierende Hebammen - bei über 1000 Geburten im Jahr. Ein großes Problem für die Vor- und Nachsorge.

Hebammen in der Geburtshilfe spielen bei uns schon seit 2011 so gut wie gar keine Rolle mehr. Damals wurde die letzte geburtshilfliche Station im Landkreis geschlossen. Nun haben die Geburtstationen in Würzburg oder Aschaffenburg mit Überlastungen zu kämpfen. Hinzu kommt, dass es am Nachwuchs mangelt.



Für mich ist klar: Bezahlung und Rahmenbedingungen müssen sich unbedingt verbessern. Dazu gehört auch, dass die immer weiter steigenden Berufshaftpflichtprämien (aktuell gut 8.200 €/jährlich) eingedämmt werden und der Ausbau von Ausbildungskapazitäten erhöht wird. Auf 16 Azubi-Plätze in Würzburg kommen durchschnittlich 400 Bewerbungen.

**Zu ausführlichen Berichten kommen Sie
per Klick auf das Bild**

FRÜHSTÜCK AM WELTFRAUENTAG

Für mich ist es mittlerweile schon lieb gewordene Tradition, dass ich am Internationalen Frauentag zum Frauenfrühstück in mein Bürgerbüro einlade. Selbstverständlich übernehme ich dann die Bewirtung, was mir viel Freude macht. Heuer haben wir darauf angestoßen, dass Frauen in Deutschland vor 100 Jahren erstmals wählen und eine Rede in einem deutschen Parlament halten konnten, nämlich die Sozialdemokratin Marie Juchacz — auch bekannt als Gründerin der Arbeiterwohlfahrt (AWO).



Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



IN DEN HÖHLEN DES LÖWEN

Wer mich kennt, weiß, dass mich sehr gerne in die Höhle des Löwen wage.
In Berlin war ich zuletzt gleich zweimal dort:

TEIL 1: Beim Arbeitgeberverband der Dienstleistungswirtschaft. Im Gespräch ging es um die Vorschläge des Verbandes, das Streikrecht in der Daseinsvorsorge zu reformieren – oder im Klartext: zu begrenzen.

Ich habe klar gemacht: Eine Einschränkung des Streikrechts ist mit mir und mit der SPD nicht zu machen! Zur Diskussion: Klick auf's Bild.



TEIL 2: Bei Michel Friedman, der für seine bissige und durchaus provokante Art bekannt ist.



Dort diskutierte ich mit Michael Theurer (FDP) zum Thema „Deutschland – reich, aber ungleich?“

Meine Meinung: Um den Wohlstand gerechter zu verteilen, müssen mehr Menschen unter den Schutz von Tarifverträgen kommen. Schauen Sie mal rein — mit einem Klick auf das Bild.

TEILHABE FÜR ALLE!

Das Recht, seine Stimme bei einer Wahl abzugeben gehört zu den Grundsätzen unserer Demokratie und ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Doch Menschen mit Behinderung oder Einschränkungen durften bei bisherigen Wahlen nicht teilnehmen, da ihnen dies durch die Gesetzeslage verwehrt wurde.

Ich freue mich sehr über die klare Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, das die Wahlrechtsausschlüsse für Betreute in allen Angelegenheiten und wegen Schuldunfähigkeit untergebrachte Straftäter als verfassungswidrig erklärt hat. Mehr als 85.000 Menschen mit Behinderung durften bisher bei Bundestagswahlen nicht wählen. Mit dieser

Diskriminierung ist jetzt Schluss. Ich freue mich, dass unser Koalitionspartner CDU/CSU nach langen Verhandlungen dem Anliegen der SPD gefolgt ist und wir nun den Weg für ein inklusives Wahlrecht freimachen konnten.



**Volles Wahlrecht
für alle Menschen
mit Behinderungen!**

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



INTERVIEW MIT DEM MAIN-ECHO

Klare Kante im Interview mit dem Main-Echo zu meiner Arbeit und unseren Themen in meinem Arbeitsschwerpunkt Arbeit und Soziales:

Wir haben als Sozialdemokraten viel Gutes in der Großen Koalition umgesetzt: den Mindestlohn, die Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen, den sozialen Arbeitsmarkt, ein Betriebsverfassungsgesetz für fliegendes Personal, das Qualifizierungschancengesetz etc. pp.



Vor dem Main-Echo-Medienhaus mit Sabine Dreher

Doch wir wollen noch mehr: die Tarifbindung stärken, ein Tariftreugesetz auf Bundesebene, die Mitbestimmung stärken, ein Recht auf Nichterreichbarkeit in der Freizeit UND die Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung. Wer 35 Jahre oder mehr gearbeitet hat, muss einen Anspruch darauf haben, dass eine Rente besser ausfällt als die von jemandem, der nicht so lange gearbeitet hat.

Zum ganzen Interview Klick auf's Bild.



MAIN-ECHO.DE

Bernd Rützel: »Placebo-Grundrente machen wir nicht mit« | Autor: Sabine Dreher | Foto: Harald Schreiber

SPD-INITIATIVE: BESSERE ARBEITSBEDINGUNGEN FÜR PAKETZUSTELLER

Man kennt es: Der Paketbote oder die Paketzustellerin klingelt dann, wenn es gerade gar nicht passt und bis man an der Tür ist, sind sie schon wieder verschwunden.

Stress, Beschwerden und Zeitdruck bestimmen den Alltag vieler PaketzustellerInnen. Hinzu kommen prekäre Arbeitsverhältnisse, illegale Beschäftigung und Umgehung geltender Arbeitszeit- und Mindestlohnregelungen durch die Auslagerung von Arbeiten und Aufträge an Subunternehmen.

Dem Sozialdumping bei den Paketdiensten einen Riegel vorschieben!

Eine sogenannte Nachunternehmerhaftung soll künftig sicherstellen, dass der eigentliche Auftraggeber für die korrekten Arbeitsbedingungen bei allen Subunternehmern verantwortlich ist und bei Verstößen haftet, so wie es auch in der Bauwirtschaft und der Fleischwirtschaft funktioniert.



Alle Infos gibt's hier

Die SPD ist dran am Thema und in Gesprächen mit den FachpolitikerInnen der Union, auch wenn sich der CDU-Bundeswirtschaftsminister gegen die Nachunternehmerhaftung ausspricht.

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



UNTERWEGS IN SACHEN BAHN



Alle Infos zu den einzelnen Projekten
finden Sie auf meiner Homepage
www.bernd-ruetzel.de

Mit 3700 Fahrgästen täglich ist der **Bahnhof Gemünden** der viertgrößte Knotenbahnhof in Unterfranken. Der **barrierefreie Umbau** ist längst überfällig.

Über den Stand der Vorplanungen informierte ich mich gemeinsam mit den SPD-Stadträten Irmgard Pröschl, Monika Poracky und Ferdinand Heilgenthal) sowie Bürgermeister Jürgen Lippert bei Elmar Hirsch, Leiter Bahnhofsmanagement Würzburg, sowie Andreas Müller, DB Mieter- und Objektmanager, am Bahnhof Gemünden.

Für die barrierefreie Sanierung des Bahnhofs stehen 16 Mio. Euro zur Verfügung. Die Vorplanungen lägen im Zeitplan und seien kurz vor dem Abschluss, erklärte Hirsch. Hirsch rechnet damit, dass die Bauarbeiten im Jahr 2022 beginnen und etwa zwei Jahre andauern werden.

Im Weiteren wurden auch die Möglichkeiten, das in Teilen leerstehende große Bahnhofsgebäude im Rahmen der Städteplanung einer zeitgemäßen Nutzung zuzuführen, besprochen.



Die Planungen und Vorbereitungen zur **Neuerrichtung der Eisenbahnbrücken in Schaippach** sind im Zeitplan. Vor Ort habe ich mir die Bauvorbereitungs- und Rüdungsarbeiten angeschaut und bin dabei mit Karl Köhler und seinem Enkel Elias ins Plaudern gekommen.

Auf meine Nachfrage hat mir Armin Renninger, von der DB Netz AG/Regionalbereich Süd, die aktuellen Infos und Eckdaten mitgeteilt.



Die Deutsche Bahn bezeichnet die Sanierung der Bahnstrecke Gemünden-Flieden als "Leuchtturmprojekt".

Die Strecke soll dafür ein Jahr lang gesperrt werden.

Ich setze mich dafür ein, dass in dieser Zeit auch die **Bahnhöfe in Rieneck, Burgsinn, Mittelsinn und Obersinn saniert** werden. Das würde viel Geld einsparen und weitere Sperrungen überflüssig machen.

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



IM SOZIALKAUFHAUS UND CAFE GRENZENLOS ASCHAFFENBURG

Seit 20 Jahren finden Menschen in Armut, mit geringem Einkommen, Erwerbslose, Rentner sowie Alleinerziehende und Menschen mit Behinderung hier vielfältige Beratungs- und Hilfsangebote.



Besuch bei „Grenzenlos e.V.“: Anita Peffgen-Dreikorn, Vorsitzende des SPD-Kreisverbands Aschaffenburg, MdB Bernd Rützel, Vereinsvorsitzender Harry Kimmich, MdL Martina Fehlner und Soz.-Päd. Marion Forche

Bis zu 600 bedürftige Menschen versorgt der Verein Grenzenlos täglich in seinem Kaufhaus mit rund fünf Tonnen gespendeten Lebensmitteln.

Im Café Grenzenlos werden täglich rund 140 Essen zubereitet. Das Besondere hier: Kein Bedürftiger muss sich für sein Essen anstellen - die Gäste werden wie in einem normalen Restaurant bedient.

Toller Einsatz, toller Verein, tolle Einrichtungen!

**Ausführliche Berichte
finden Sie auf meiner Homepage
www.bernd-ruetzel.de**



EICHENBÜHL: NACHHALTIGE MÖBEL AUS DER REGION

Schon seit 115 Jahren besteht das Familienunternehmen **Gustav-Konrad-Holztechnik GmbH in Eichenbühl-Pfohlbach**, welches mittlerweile in vierter Generation geführt wird.



Monika Wolf-Pleißmann, Joachim Schmedding, Helga Raab-Wasse, MdL Martina Fehlner, Otto Schmedding mit Geschäftsführerin Daniela Konrad-Kirchler und MdB Bernd Rützel sowie Bruno Miltenberger.

Hier wird auf natürliche Ausgangsprodukte und echte Nachhaltigkeit gesetzt. So stammen alle Buchen und Eichen für die Massivholzmöbel ausschließlich aus der heimischen Region. Bekannt ist das Unternehmen als Zulieferer für große Möbelhersteller. Daneben hat sich der

Betrieb individuell geplanten und mit viel Handarbeit gefertigten Möbeln aus Zirbenholz verschrieben.



Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



WER TRINKT NICHT GERNE KAFFEE...

...und dazu, wenn er regional verarbeitet wurde, wie in der Mee Kaffee Röstmanufaktur in Bad Neustadt/Mühlbach, und in guter Gesellschaft genossen werden kann (v.l.): MdB Sabine Dittmar, René van Eckert, Rita Rösch (2. BGM von Bad Neustadt), Matthias Kihn und Egon Friedel.



Die Mee Kaffee Röstmanufaktur : Ein klasse Unternehmen, das Jochen Mölter (rechts) vor zwei Jahren aufgebaut hat.

BESUCH BEIM STAATLICHEN BAU-AMT WÜRZBURG

Bei Dr.-Ing. Stefan Lehner und Julia Sauer informierte ich mich gemeinsam mit MdL Volkmar Halbleib zum aktuellen Planungsstand mehrerer Verkehrsprojekte im Landkreis Main-Spessart, u.a. über die Linksabbiegerspur Gambach (Einmündung MSP10), die Ortsumgehung Gemünden (B 26), ieneck und Schaippach, sowie den Planungsstand B26n, Zubringer Lohr-Birkenfeld-Billingshausen.



AG MIGRATION UND VIELFALT DER BAYERNSPD

2012 in Würzburg gegründet und jetzt mit neuem Vorstand. Herzlichen Glückwunsch und gutes Gelingen an das Vorstandsteam (v.l.): Anna Stvrtecky (stellv. Vors.), Francesco Abate (Vors.) und Tasali-Stoll Sema (stellv. Vors.), mit MdL Arif Tasdelen und MdEP Ismail Ertug.



Tafel & Diskussion: Sie sind herzlich eingeladen

EUROPA: Gut für Franken!

Uli Maly

Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg

Kerstin Westphal

fränkische Europa-Abgeordnete

Freitag, 26. April

14 bis 16 Uhr

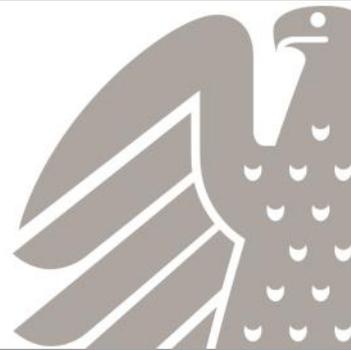
Marktheidenfeld

Hotel „Schöne Aussicht“

Unterbank
Main-Spessart/Nürnberg

SPD

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



FABIANS POST AUS DEN USA



Ein Jahr in den USA leben, studieren und arbeiten – das ermöglicht das Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP). Auf meine Einladung mit dabei: Fabian Haas aus Neunkirchen-Richelbach, Lkr. Miltenberg. Hier sein aktueller Bericht:

Valentinstag wird hier in den USA wirklich großgeschrieben. Ich bin in der Schule an diesem Tag kaum Mädchen begegnet, die nicht mit einem Stofftier, Blumen, oder Schokolade in der Hand rumgelaufen sind. An Valentinstag wird man hier nämlich auch häufig von der Familie, oder den Freunden beschenkt. Da meine Gastschwester in einer sogenannten „Destination Imagination“ (DI) Gruppe ist, bin ich mit meiner Gastfamilie zu einem Wettbewerb gegangen, an dem sie teilgenommen hatte. Der Sinn von DI ist es, dass eine Gruppe von sechs bis acht Teilnehmern ein eigenes Theaterstück schreibt,

die eigenen Kostüme und das Bühnenbild basteln, und dann am Wettbewerb ihr Stück aufführen. Letzten Monat wurde von meiner Jugendgruppe außerdem ein Flohmarkt veranstaltet, bei dem ich ausgeholfen habe. Wir haben insgesamt über 1000 Dollar

eingenommen, und haben den Rest, den wir nicht verkauft haben, gespendet. Auch mein AFS Betreuer hat mich gefragt, ob ich denn mit ihm und seiner Familie wieder einen Tag verbringen möchte, und wir waren in der sogenannten „Oasis“ essen, einem Restaurant mit einer wunderschönen Aussicht auf den See Travis, bei dem auch das Bild entstanden ist. Abends haben wir uns dann das Musical Mary Poppins angeschaut, welches die Mittelschule seiner beiden Enkelkinder aufgeführt hat.

Valentine's day is an important holiday here in the US. I barely met girls on this day, who didn't walk around with a stuffed animal, flowers, or chocolate in

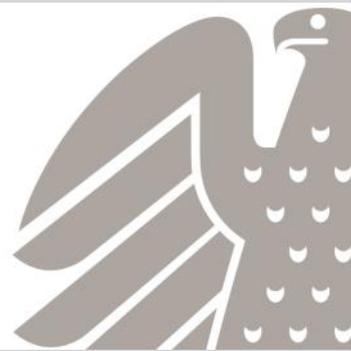
their hands. Often even friends and family exchanges gifts on this day. Since my host sister is part of a so-called „destination imagination“ (DI) group, I went to a competition with my host family where she took part in. The point of DI is that there are groups with about six to eight participants who write an own play, tinker the costumes and the stage design, and perform the play at the competition. Last month my youth group organized a garage sale, where I volunteered. We made more than 1000 dollars this day, and we donated all the stuff that we didn't sell. My liaison asked me again if I want to spend a day with him and his family, so we went to a restaurant called „Oasis“,

where you have a great view on the Lake Travis, that is also shown in my picture. In the evening we watched the musical Mary Poppins, that was performed by the middle school that his grandchildren go to.



Lake Travis ist ein Stausee am Colorado River am westlichen Rand von Austin

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



EUROPAWAHL 2019

Am 26. Mai ist Europawahl! In den kommenden Monaten wird an dieser Stelle unsere **Europaabgeordnete Kerstin Westphal** über Aktuelles aus der Europapolitik berichten und warum diese Wahl auf Jahre hinaus richtungsweisend sein wird für die Zukunft der EU.



Mehr zur Europapolitik:
www.kerstin-westphal.de

Europäische Volkspartei legt Mitgliedschaft von Orbáns Fidesz-Partei „auf Eis“

Liebe Leserinnen und Leser,

Das ist ein fauler Kompromiss: Die Europäische Volkspartei hat sich dafür ausgesprochen, die Mitgliedschaft der Fidesz-Partei des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán „auszusetzen“. Ein konsequenter Ausschluss wäre die einzig richtige Reaktion gewesen!

Diese Suspendierung ergäbe nur Sinn, wenn sich dadurch Orbáns Politik änderte, doch das ist nicht zu erwarten. Seit Jahren verletzt die Orbán-Regierung europäische Grundwerte – Freiheit, Demokratie, Toleranz - und kommt damit durch. Der ungarische Premier wird von der deutschen CDU/CSU aus der EVP sogar regelmäßig hofiert und so in seiner nationalistischen Politik bestärkt. Wir haben die EVP, ihren Fraktionsvorsitzenden und CSU-

Spitzenkandidaten immer wieder aufgefordert, endlich Konsequenzen zu ziehen.

Erst nach einem persönlichen Angriff auf den ebenfalls christdemokratischen EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker bewegt sich die EVP. Zuvor hatte Viktor Orbán über die Jahre die Rechte seiner eigenen Bürgerinnen und Bürger eingeschränkt, die Medien- Meinungs- und Forschungsfreiheit sowie die Unabhängigkeit der Justiz. Der ungarische Premier hetzt in unerträglicher Weise gegen Flüchtlinge und andere Minderheiten und will Stimmung machen mit antisemitischen Verschwörungstheorien, um sich in Ungarn für seine Politik Mehrheiten zu beschaffen. Damit steht Orbán und seine Fidesz-Partei klar außerhalb der europäischen Wertegemeinschaft!

Ich finde es ein skandalös, dass Manfred Weber zuletzt angekündigt hat, den Spalter und Hetzer Viktor Orbán mit einem ominösen Uni-Deal auf Kosten von bayerischen Steuerzahlerinnen und



Steuerzahlern zähmen zu wollen: Die bayerische Staatsregierung hat auf Weisung Webers, der ja auch stellvertretender Parteivorsitzender der CSU ist, angekündigt, die von der Schließung bedrohte Europäische Universität in Budapest unterstützen zu wollen. Das ist konservative Parteipolitik mit öffentlichen Landesgeldern. Wer bei der Europawahl im Mai CSU wählt, sollte sich dringend vor Augen führen, was für eine Politik die konservative Parteifamilie seit neun Jahren duldet.

Ihre Kerstin Westphal

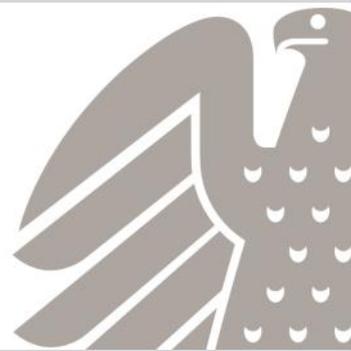
Europabüro Würzburg Kerstin Westphal, MdEP

Semmelstraße 46R, 97070 Würzburg

Tel: 0931 - 45 25 31 28 | Fax: 0931 - 45 25 31 29

e-mail: augustin@kerstin-westphal.de

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



GASTBEITRÄGE UNSERER MdLs

Martina Fehlner

Forstpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion

Abgeordnete für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost, Main-Spessart und Miltenberg



Frauenhäuser in Bayern weiter unterfinanziert— Frauen müssen besser vor Gewalt geschützt werden

Liebe Leserinnen und Leser,

am 8. März haben wir wieder den Internationalen Frauentag gefeiert. Das ist wichtig. Denn nur so rückt das Thema Gleichberechtigung immer wieder aufs Neue in den Fokus. Natürlich: unsere Gesellschaft hat sich in den vergangenen hundert Jahren enorm weiterentwickelt. Vieles wurde erkämpft, was für uns heute selbstverständlich ist. 1918 führte der Sozialdemokrat Kurt Eisner in Bayern das Frauenwahlrecht ein – und machte Bayern damals zum Vorreiter. Seit 1958 dürfen Frauen den Führerschein auch ohne Einwilligung des Ehemannes machen, seit 1976 wurde die gesetzliche Pflicht zur Haushaltsführung aufgehoben. Vergewaltigung in der Ehe steht seit dem Jahr 1997 unter Strafe. „Kinder, Küche, Kirche“: der Spruch hat zum Glück ausgedient. Beruf und Familie zu vereinbaren, ist heute einfacher geworden – auch dank einer stark sozialdemokratisch geprägten Politik im Bund. Wir haben die Elternzeit, einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz und die Familienpflegezeit, um nur einige Beispiele zu nennen.

Und doch sind Frauen bis heute in vielen Bereichen benachteiligt. So ist die Lohnlücke („Gender Pay

Gap“) in Bayern überdurchschnittlich hoch: Frauen verdienen bei uns rund 24 Prozent weniger als Männer. Folglich erhalten sie weniger Rente und sind im Alter besonders häufig von Armut betroffen. All das, obwohl sie oft ihr Leben lang hart geackert haben, nebenbei Kinder erzogen, den Haushalt gemeistert und Familienangehörige gepflegt haben. Wir finden: Frauen haben mehr verdient. Deshalb machen wir uns im Bayerischen Landtag stark für eine starke Frauenpolitik. Dazu gehört auch, Frauen besser vor Gewalt zu schützen. Im vergangenen Jahr wurden deutschlandweit 114.000 Fälle angezeigt, Dunkelziffer unbekannt. Frauen, die in Bayern Hilfe suchen, werden jedoch häufig abgewiesen. Warum? Weil die

chronisch unterfinanzierten Frauenhäuser aus allen Nähten platzen. Das darf in einer modernen Gesellschaft nicht sein!

Gute Frauenpolitik – wer könnte die besser machen als die Frauen selbst? Allerdings sind Frauen in der Politik bis heute weit unterrepräsentiert. Im Bayerischen Landtag sind gerade einmal 55 Abgeordnete von 205 weiblich, das sind nur 27 Prozent.

Die SPD stellt mit elf Frauen und elf Männern übrigens die einzige Landtagsfraktion mit einem ausgewogenen Geschlechteranteil. Wir sind überzeugt: Eine repräsentative Demokratie braucht eine ausgewogene Vertretung der Interessensgruppen. Deshalb haben wir jetzt einen Gesetzentwurf zur „Parité“ eingebracht, um eine volle Chancengleichheit für Frauen in den Parlamenten erreichen. Wir leben im 21. Jahrhundert. Das ist es Zeit, in allen Bereichen des Lebens Gleichberechtigung herzustellen. Dafür setzen wir uns weiterhin mit Nachdruck ein.

Ihre Martina Fehlner



Ein fester Termin in Martina Fehlners Kalender ist der Internationale Frauentag

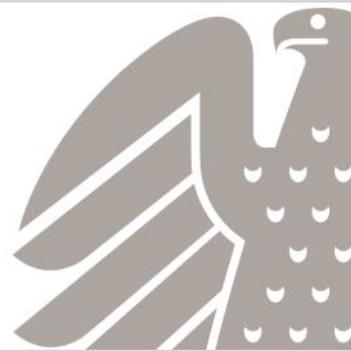
Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL

Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg

Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604

buergerbuero@martina-fehlner.de

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



GASTBEITRÄGE UNSERER MdLs

Volkmar Halbleib

Parlamentarischer Geschäftsführer
der SPD-Landtagsfraktion

Stellv. Vorsitzender der SPD-
Landtagsfraktion

Kulturpolitischer Sprecher der SPD-
Landtagsfraktion

Abgeordneter für WÜ-Land

Betreuungsabgeordneter für WÜ-Stadt, Stadt und Landkreis
Schweinfurt sowie die Landkreise Bad Kissingen, Haßberge,
Kitzingen, Rhön-Grabfeld



Drohende Unterfinanzierung der Volkshochschulen (VHS) verhindern

Liebe Leserinnen und Leser,

Über die drohende Unterfinanzierung im Bereich der Erwachsenenbildung, insbesondere der Volkshochschulen in der Region bin ich sehr besorgt.

Mit dem Bayerischen Erwachsenenbildungsförderungsgesetz, das am 1. Januar 2019 in Kraft trat, hat der Bayerische Landtag in einem einhelligen Beschluss gefordert, die Finanzierung der Volksbildung in Bayern deutlich zu erhöhen. Die institutionelle Förderung sollte um vier und nochmals fünf Millionen Euro in den Jahren 2019 und 2020 steigen. Leider ist im aktuell von der Staatsregierung vorgelegten Entwurf des Doppelhaushaltes allerdings für 2019 lediglich ein Mehr von 3,7 Millionen ausgewiesen, für 2020 sind sogar nur 0,5 Millionen Euro zusätzlich vorgesehen. Ähnliches habe ich auch einem Brandbrief von Stefan Moos entnommen, dem Leiter der Volkshochschule Würzburg und Umgebung. Die Volkshochschulen stünden vor „erheblichen Herausforderungen“, die nur mit den zugesagten finanziellen Verbesserungen erreichbar sein, schreibt er.

Die SPD-Fraktion will die zugesagten Verbesserungen bei den Haushaltsberatungen durchsetzen und die für

die Arbeit der Träger und Einrichtungen bedrohliche Schieflage beenden: Auch in der Region Mainfranken brauchen wir Erwachsenenbildung.

Fahrpläne der Regionalbahnen weiter in Papierform

Noch ein weiterer Missstand hat mich in den vergangenen Wochen erreicht. Ich habe kein Verständnis für die Entscheidung der Bahn, die gedruckten Fahrpläne für das neue Jahr zu streichen. Das Angebot ausschließlich im Internet schließt viele Fahrgäste vom Informationsfluss aus, denn: Nicht alle Fahrgäste der Bahn sind digital Natives. Auch offline müssen Menschen angemessen über Fahrtverbindungen informiert werden.

Aus diesem Grund habe ich Klaus-Dieter Josel, den Bahnbevollmächtigten für den Freistaat Bayern, in einen Brief aufgefordert, die Auslage von Regionalfahrplänen an Bahnhöfen wieder einzuführen.

Die Möglichkeit einen Fahrplanausdruck im Reiseservice der Deutschen Bahn zu bestellen, empfinde ich als zu kompliziert und umständlich. Meine Forderung ist: Die Regionalfahrpläne muss es an allen Bahnhöfen entlang der Strecke geben. Gerade bei einer beabsichtigten Verkehrswende von Straße auf Bahn müssten alle Menschen mitgenommen werden, auch die ältere Generation ohne Smartphone und mobilem Internetzugang. Diese haben die Fahrpläne der Deutschen Bahn bisher immer geschätzt.

Es ist nicht nur eine Frage der Kundenfreundlichkeit, gedruckte Fahrpläne an den Bahnhöfen oder möglichst auch an sonstigen Auslagestellen wieder unkompliziert zur Verfügung zu stellen. Eigentlich, so meine Meinung, müssten gedruckte Fahrpläne, beispielsweise mit den gemeindlichen Mitteilungsblättern, an alle Bürger in der Region verteilt werden.

Ihr/Euer Volkmar Halbleib, MdL

Bürgerbüro Volkmar Halbleib, MdL
Sammelstraße 46, 97070 Würzburg
Tel: 0931 59384 | Fax: 0931 53030
buengerbuero-halbleib@t-online.de